

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 3.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 60 Pf. eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6088.

Hannover
Sonnabend, 9. Februar 1901.

Geschäftsstelle pro Sessel 25 Pf., für Bahnstellen 15 Pf.
Öffentl. Annahme 10 Pf. Redaktion:
Leinstr. 81. Verlag: Nikolaistr. 46.

10. Jahrg.

Arbeiterinnenschutz.

I. Allgemeines.

So wie durch die Inangriffnahme des Arbeiterschutzes — mag derselbe auch noch so dürtig sein — und durch die Gewährung des Koalitionsrechtes von der Gesetzgebung im Prinzip anerkannt ist, erstens, daß der Arbeitsvertrag keine Freiheit, daß die eine Hälfte der Vertragschließenden, die Arbeiter, wirtschaftlich abhängig sind, es daher zur Wahrung ihrer Interessen nötig ist, daß an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages der kollektivistische tritt, zweitens, daß die Arbeitskraft keine gewöhnliche Ware ist, die man konsumiert wie ein Stück Rindfleisch oder eine Zigarette, sondern eine besondere (bei deren Konsumierung für den Käufer und Konsumenten neuer Werth erzeugt wird), an der „lebendiges Menschenthum“ lebt, die unzertrennbar mit der Person des Arbeiters verbunden ist, — so ist durch den Arbeiterinnenschutz im Prinzip anerkannt, daß aus Rücksicht auf die Besonderheit des weiblichen Organismus und die Sonderaufgaben der Frau als Mutter, Gattin und Hausfrau die Arbeiterinnen eines erweiterten Schutzes bedürfen. Bürgerliche Frauenrechtslerinnen haben diese Ansicht bestimmt mit dem Hinweis, daß die Frauen dadurch auf dem Arbeitsmarkt den Männern gegenüber konkurrenzunfähiger gemacht werden, da die Unternehmer, um all den diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen aus dem Wege zu gehen, lieber Männer wie Frauen beschäftigen würden und dadurch der Frau die Möglichkeit, ihre ökonomische Freiheit dem Manne gegenüber zu erlangen, genommen oder erschwert werde.

Die Arbeiter beiderlei Geschlechts, sowie deren Betreter in den gesetzgebenden Körpern dagegen haben seither einen erhöhten Schutz für die Arbeiterin mit allem Nachdruck verlangt, eben mit Rücksicht auf die Sonderbeschaffenheit und Sonderleistungen des weiblichen Organismus. Sie sind der Meinung, erstens, daß die Einwände bezüglich der geschwächten Konkurrenzmöglichkeit der Frau nicht einmal zutreffen. Die besonderen „weiblichen Tugenden“, ihre Anspruchslosigkeit, Bescheidenheit, ihre Scheu, gegen Unrecht energisch zu opponieren u. s. w. lassen die weibliche Arbeitskraft, selbst bei erhöhtem Schutz, dem Unternehmer noch immer als einen sehr begehrenswertem Artikel erscheinen. Zweitens kann von einer ökonomischen Freiheit der Frau, der lohnarbeitenden Frau, in unserer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht die Rede sein. Dem Ehegatten gegenüber ist die verdienende Frau allerdings unabhängig geworden, da sie nicht mehr in ihm den Ernährer, den allein Verdienenden steht, dafür aber ist sie abhängig geworden vom Unternehmer, dem Käufer ihrer Arbeitskraft.

Aus einer Haussklavie ist sie zur Lothsklavie geworden, die mit dem Lothsklaven, dem männlichen Arbeiter, unter denselben Druck leidet, mit ihm dieselben Interessen zu verteidigen hat. Die Möglichkeit für die lohnarbeitende Frau, wirtschaftlich und sozial frei und unabhängig zu werden, ist wie gesagt in einer Gesellschaftsordnung, die Armut, Unfreiheit und Unabhängigkeit bedingt, nicht gegeben, sondern unter einer Gesellschaftsordnung, wo der Besitz nicht über die Menschen herrscht, sondern die Menschen über den Besitz. Daß dann auch der Frau die Möglichkeit gegeben ist, ist garantiert durch die verdeckte Produktionsweise, die ihr einerseits eine Haussfrau und „Familienhandwerkerin“ nach der anderen abnahm und der Großindustrie übertrug und dadurch Zeit und Kraft der Frau freigab, andererseits durch die Erneuerung und Verwendung der Naturkräfte, die die Muskelkräfte des Menschen mehr und mehr entbehrlich machten und körperlich Schwachen es erleichterten, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, und schließlich durch die Verwendung der kunstvoll hergestellten Werkzeugmaschinen, die die Produktivität der menschlichen Arbeit in ungeahnter Weise steigerte, in Folge dessen die zur Ernährung nötige Arbeitszeit, wenn erst einmal der Profit nicht allen Unternehmungen als Polarstern voranleuchtet wird, außerordentlich reduziert werden kann. Aber abgesehen von diesen Erwägungen birgt ein erweiterter Arbeiterinnenschutz, wie wir ihn fordern, eine solche Fülle von Vorteilen, sowohl für die Arbeiterin selbst, wie für die Arbeiterfamilie und in dieser besonders für die Kinder, ja für das ganze Proletariat und für die ganze Gesellschaft, daß wir wohl Ursache haben, mit ganzer Kraft für denselben einzutreten. So sehr die genannten Frauen-

rechtslerinnen über's Ziel hinauschießen mit ihrer Gegnerschaft gegenüber dem Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, so sehr schießen nach der anderen Seite die Zentrumsmannen und ihre Gefolgschaft über's Ziel hinaus mit ihrem Antrag zwecks Verbot der Fabrikarbeit verheiratheter Arbeiterinnen.

Dieser Antrag des Zentrums zeitigte bekanntlich zunächst die Anordnung des Reichskanzlers, überall in Deutschland Erhebungen anzustellen über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken, ihre Ursachen und ihre Folgen für die Arbeiterfamilie. Des Weiteren hat dieser Antrag und unsere Stellungnahme zu demselben eine ganze Literatur erzeugt. Es seien hier nur die Werke des Dr. Martin, des Dr. Böhle und der Miss Stollet genannt, die sämtlich Befürworter des Zentrums-Antrages sind, dabei eine ungeheure Menge von Widersprüchen zu Tage fördernd. Während sie beispielsweise auf der einen Seite ihres Buches energisch für ein Verbot der Fabrikarbeit für Frauen eintreten, führen sie auf den nächsten Seiten so erbärmliche Löhne der Männer an, die den Mittelwerb für die Frau geradezu zu einer zwingenden Notwendigkeit machen.

Ist dann aber die Fabrik gesperrt für die Frau, so muß sie Verdienst suchen in den vollständig ungeschützten Kleinbetrieben und, was noch schlimmer ist, in der Haushandwerks. Der Herr Dr. Martin kommt auf Grund seiner Untersuchungen zu dem ganz richtigen Ergebnis, daß die Lohnhöhe des Mannes in den meisten Fällen ausschlaggebend dafür sei, ob die Frau in die Fabrik gehe oder nicht; wenn der Mann 20 Mtl. und darüber verdiente, bleibe die Frau meistens daheim. Auf der nächsten Seite jedoch erklärt er im Brustton der Überzeugung: „Die verheirathete Frau sucht eben sehr häufig die Fabrik nur auf, um ihre und ihrer Familie Anstand- und Zugangs-Bedürfnisse zu befriedigen, um sich besser kleiden, die Wohnung eleganter einrichten zu können, um Einsparungen fürs Alter zu machen, oder mit Mann und Kindern sich Vergnügungen und Ausflüge gönnen zu können.“

Herr Doktor, wo bleibt da die Logik?

Lehnlich macht es Dr. Böhle; derselbe zitiert Aussprüche der königlich sächsischen Fabrikinspektoren, die betonen, daß in den meisten Fällen die Not, oder wie Andere es nennen, zwangende Umstände es seien, die die Frau in die Fabrik treiben. Der Herr Dr. P. thut diese Gewährsmänner und ihre Belegschaft ab mit den Worten, Ausdrücke wie Not und zwangende Umstände seien doch gar zu allgemein gehalten, gar zu unbestimmt! Nachdem er dann einen Ausspruch des badischen Gewerberaths Dr. Wörrieshofer zitiert, wonach es in den meisten Fällen der niedrige Verdienst des Mannes ist, der die Ehefrau veranlaßt, Fabrikarbeit zu nehmen, daß sie schon jetzt diese Arbeit meide, wo sie wirtschaftlich nicht nötig sei — thut der Herr diesen Ausspruch eines ernsten Sozialpolitikers, der wie nur einer Fachmann in dieser Frage ist, ab mit den Worten: er könne an eine solche Harmonie nicht glauben! Punktum! Den Glauben oder Unglauben des Herrn Dr. P. sollen andere Menschenkinder als vollgültige Widerlegung zahlreicher Beweise hinnehmen.

Nur die Arbeiterschaft weiß, daß solche Herren nicht ernst zu nehmen sind. Auch ohne Bestätigung seitens Gewerbeinspektoren, auch ohne zahlreiche Belege aus aufgemachten Wohnstatistiken wissen wir, daß es die Not ist, entweder in Folge zu niederen Lohnes, in Folge Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit des Mannes, die die Frau aus ihrem Heim in die Fabrik, in das Bergwerk, in die Ziegelei, die Haushandwerks treibt.

So lange diese Herren uns also kein bestimmtes Einkommen für die Familie durch den Gewerbe des Mannes garantieren können, müssen sie schon gestatten, daß wir mit allem Nachdruck gegen ein Verbot der Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken protestieren. Der Familie würde die Frau, die Mutter damit doch nicht zurückgegeben, vielmehr der Frau die Gewerbsmöglichkeit erschwert und damit die Not verschärft. Den üblen Begleit- und Folgeerscheinungen der weiblichen Fabrikarbeit gegenüber giebt es nur eine Lösung: erweiterten Arbeiterrinnen schutz, der nicht erst einzuführen hat, wenn die Frau Mutter wird oder geworden ist, sondern der einzuführen in dem Augenblick, wenn die Frau, das junge Mädchen, das Kind einzutreten in die Erwerbsarbeit. Im

anderen Falle möchte meist der Schutz, der nicht nur der Arbeiterin und in derselben der Mutter, sondern auch dem zu erwartenden Kind zu gute kommen soll, zu spät kommen. Wie manche Arbeiterin bringt nicht in Folge der allzu langen, schweren und ungünstigen Arbeit, der sie fast kleine Körper in die Ehe mit! Über nicht nur um die Gesundheit der weiblichen Arbeiter und der kommenden Generation handelt es sich, sondern auch vor allen Dingen darum, die Frau in geistiger und sittlicher Hinsicht zu heben, sie zu befähigen, sich als Persönlichkeit zu entfalten und behaupten zu können, sie zu interessieren und auszurüsten für den Befreiungskampf ihrer Klasse. In manchen Gegenden ist ein erweiterter Schutz geradezu Voraussetzung für die Organisation möglichkeit der Arbeiterin. Nicht nur, weil ihr in Folge dessen etwas mehr Muße geschaffen wird, sondern auch, weil durch den Umstand, daß die Gesetzgebung für sie eintritt, ihr Selbstbewußtsein geweckt und gestärkt wird. Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet liegt es also nicht nur im Interesse der Frau als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau und nicht nur im Interesse des Mannes als Familienvater und Gatte, sondern im Interesse des gesamten Proletariats, daß unsere Forderungen auf erweiterten Arbeiterinnenschutz in die Wirklichkeit umgesetzt werden, damit aus der abgestumpften, siechen, gleichgültigen, unter der doppelten Last — als Hausfrau und Lohnarbeiterin — verkümmerten Schmuckkonkurrentin des Mannes eine gesunde, energische, zielflare Mütterlichkeit wird. Daher fordern wir im Interesse des gesamten Proletariats für die Frau:

1. Absolutes Verbot der Nacharbeit.
2. Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
3. Einführung des gesetzlichen Nachtstundentages für die Arbeiterin.

4. Freigabe des Sonnabend-Nachmittags.

5. Aufrechterhaltung der gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbstätige Schwangere und Wöchnerinnen von 4 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Niederkunft. Beseitigung der Ausnahmewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Erhöhung des Frankengeldes für Schwangere bzw. Wöchnerinnen auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes.
6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Haushandwerks.
7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterin.
9. Aktives und passives Wahlrecht zu den Gewerbegegenden.

In einigen weiteren Artikeln werden wir auf die einzelnen Forderungen speziell eingehen.

Louise Zieg.

Zur Lohnkampfaktistik während der Krise.

Unsere schon öfters ausgesprochenen Vermuthungen, daß das angebrochene Jahr reich an Kämpfen sein würde, wird durch die schon jetzt gemachten Erfahrungen voll bestätigt. Obwohl wir uns noch in den Wintermonaten befinden, in denen sonst in dem Wirtschaftskampfe ein Waffenstillstand einzutreten pflegte, während dessen das wichtigste Kampfsmittel, das Geld, sich ansammeln konnte, haben wir heuer an mehreren Orten Konflikte auszufechten. Seit der Existenz unserer Organisation ist niemals in den Wintermonaten eine derartige Kampfesstimmung gewesen, niemals waren die Maßregelungen so zahlreich, nie die Arbeitslosigkeit bei einzelnen Maßregelungen von so anhaltender Dauer wie jetzt. Zweifelsohne giebt die Wirtschaftskrise dem wirtschaftlich stärkeren Unternehmerthum Waffen von wuchtiger Schärfe in die Hand, die im gegebenen Augenblick gegen die Arbeiter benutzt werden. Daß diese sich Deckung suchen, ist ein Gebot der Notwendigkeit. Daß andererseits ein Angriff auf die Unternehmer in den jetzigen Zeiten dann eine sichere Aussicht auf Erfolg bietet, wenn eine gut organisierte und gut disziplinierte Arbeiterschaft vorhanden ist, die nicht erst der Augenblick des Kampfes zusammenfüht, wer wollte das bezweifeln?

Damit unsere Freunde und wir vor unsicheren, unsere Widerstandskraft untergrabenden Erfahrungen bewahrt werden, machen wir auf die Bestimmungen des Streitrelements aufmerksam; besonders auf jene Bestimmung, die feststellt, daß keine Arbeitserstellung ohne die Zustimmung des Vorstandes erfolgen kann. Nur die erhaltenen

Besitzung gewährt die Garantie, daß während des Kampfes Unterstützung verliehen wird.

Vor allen Dingen lasse man sich von den Unternehmern nicht provozieren. Es kommt vor, daß diese durch Entlassung hervorragend thätiger Verbündeten genossen die übrigen Mitarbeiter zu unbedachten Schritten reizen wollen. Sie rechnen dabei mit dem Umstände, daß die finanziellen Opfer, die der Kampf erheischt, die Organisation schwächen, und so die Möglichkeit gegeben wird, daß Kämpfe für Aufrechterhaltung des Lohnes wegen Mangel an Mitteln nicht geführt werden können. Solchen Provokationen gegenüber behalte man kühles Blut, unternehme keinen Schritt, ohne bei uns Stahl und Andeckung geholt zu haben. Thöricht ist es, sich durch solche Maßnahmen von den Unternehmern zu Machtkräften zwingen zu lassen! Zum Kampf lädt man sich nicht ein, sondern man nimmt ihn auf, wenn man nach reißlicher Prüfung zu der Ansicht gelangt ist, daß einem die Aussichten einen siegreichen Kampf verheißen.

So sehr es erforderlich wäre, die Lage unserer Kollegen durch Lohnaufbesserungen zu heben, so halten wir es für wichtiger, auf den Ernst der Zeit aufmerksam zu machen. Es muß gesagt werden: Angrißstreiks halten wir zur Zeit nicht geboten. Wir werden uns vielmehr mit aller Kraft daran machen müssen, den Stand der Organisation zu halten, und gegen die schlimmsten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzukämpfen. Zu jeder Zeit müssen wir danach trachten, neue Mitglieder zu werben, die alten an die Organisation zu fesseln. Die Skrupellosigkeit, mit der die Unternehmer die Kolleginnen und Kollegen unter die Fuchtel bringen wollen, bietet Stoff, um jedem einzelnen Mitgliede die Nothwendigkeit der Vereinigung begreiflich zu machen, wenn er nicht will, daß seine wirtschaftliche Lage sich durch seine Gleichgültigkeit noch mehr verschlechtert. Die Schilderung der Unternehmermaßnahmen wird auch werbende Kraft auf die Fernstehenden ausüben. Es gilt die Krise zu überdauern und am Ende derselben nicht an Mitteln und Anhängerschaft geschwächt dazustehen. Dies Ziel kann erreicht werden, wenn sich jeder seiner Aufgaben und hohen Verantwortlichkeit bewußt wird. Die Krise im Jahre 1892 brachte den Gewerkschaften einen Verlust von 62 000 Mitgliedern. Das sei uns Warnung und Anlaß, die Eingangs gemachten Ermahnungen zu beachten.

Soziale Rundschau.

Die Arbeitslosigkeit hat in Fürtb. eine Ausdehnung angenommen, die die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade erregt, namentlich aber in den Betrieben, die mit der Spiegelindustrie zusammenhängen, wie Rahmenfabriken, Schleifereien u. c. Uebertall ist die Arbeitszeit verkürzt worden, teilweise wurde die Arbeit gänzlich eingestellt. Um weiterem Umschreiten des Notstandes zu stemmen, wird von sozialdemokratischer Seite angeregt, die Gemeinde möge alsbald alle geplanten Neubauten in Angriff nehmen.

Eine süddutsche Thon-Aufbereitungsanstalt, deren Arbeiter bei der Ziegelei-Berufsgenossenschaft gegen Unfälle versichert sind, übergab dem Maurermeister Kleinherr im Jahre 1898 den Bau eines Fabrikgebäudes und stellte ihm einige ihrer Arbeiter unentgeltlich zur Verfügung, so auch den Tagelöhner Klammer. A. verunglückte bei der Bauarbeit und trug schwere Verletzungen davon. Es verblieben ihm nur noch 25 Prozent seiner Arbeitsschärfe. Seinen Anspruch auf Unfallrente verworf das Schiedsgericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft, weil nicht diese, sondern die bergerische Baugewerbe-Berufsgenossenschaft haftete, da A. beim Baubetrieb Kleinherr's verunglückt sei. Der Berleiter ließ die Entscheidung rechtsträchtig werden und verlangte nun von der Baugewerbe-Berufsgenossenschaft eine Rente. Auf hier hatte er kein Glück. Außerdem er vergeblich Berufung eingelegt hatte, wandte er sich an das Reichsversicherungsamt. Das Rechtsgericht nahm an, daß sein Unfall beim Baubetrieb vorliege und daß der Unfall, weil A. trotz seiner Beschäftigung als Arbeiter der Thon-Aufbereitungsanstalt auch für die Zeit seiner vorübergehenden Beschäftigung beim Bau gelten müsse, dem Berufsprüfungskreis der Ziegelei-Berufsgenossenschaft zugutezuhalten sei. Nun muß A. wegen der Rechtskraft des Urteils des Schiedsgerichts der Ziegelei-Berufsgenossenschaft unweilhaft ganz um die Rente gekommen, wenn nicht § 82 des neuen Unfall-Berufungsgesetzes für solche Fälle fürsorge trüfe. Danach war es dem Reichsversicherungsamt, vor dem Schriftsteller J. Frankel den Berleiter vertrat, möglich, die Ziegelei-Berufsgenossenschaften beizuladen und zur Rententgewährung zu verurtheilen, obwohl der Anspruch gegen sie bereits rechtsträchtig abgelehnt worden war. Das Reichsversicherungsamt verfuhr demgemäß und sicherte so dem schwer geschädigten A. dennoch die Rente.

Der Arbeitstag in Amerika. Mit dem 25. Januar ist für den Staat Washington ein Gesetz in Kraft getreten, daß die Arbeitszeit aller Staatsarbeiter auf 8 Stunden pro Tag beschränkt. Die selben Bestimmungen finden Anwendung bei Arbeiten, welche Dritte auf Rechnung des Staates ausführen. Auszuhandelnde werden mit 100 bis 600 Pfund Goldfrat oder mit 10 bis 90 Tagen Gefängnis bestraft.

Se Erstaunlich ist der ehemalige Hilfslehrer Zart, weil er zerschlagene Geldsummen in Höhe von 70,25 M. für sich versteckt hatte, zu 6 Wochen

Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurtheilt worden.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Halberstadt sind die Differenzen durch Vergleich beigeendet. Die Aussperrung ist aufgehoben, allerdings sind noch nicht alle Betriebsgruppen in Arbeit gestellt worden. Von unseren Kollegen sind 16, die noch ohne Arbeit sind. Bis zur Einstellung aller Betriebsgruppen können immer noch 8-14 Tage vergehen. Die Einigung hat sich auf folgender Grundlage vollzogen:

Die Forderung, daß auf einen Wochengehälften 2 Lehrlinge kommen, ist fallen gelassen, dagegen haben jene Fabrikanten, bei denen 3 Lehrlinge gelernt werden, die Auslernenden ein volles Jahr als Gehilfen zu beschäftigen.

Bei der Firma Vorsig in Berlin war ein Streit ausgebrochen. Der Betriebsdirektor hat folgenden Uta erlassen: Vom 1. Februar treten folgende Bestimmungen in Kraft: 1. Das Mischen von Bier und anderen geistigen Getränken in die Fabrik sowie das Trinken von Bier und anderen geistigen Getränken während der Arbeitszeit ist verboten. 2. Während der Arbeitstage wird am Mittwoch von 8½-9 Uhr und am Nachmittag von 3½-4 Uhr warmer Kaffee zu den bisherigen Preisen verkauft. 3. An den Sonnabend-Nachmittagen findet ein Verkauf von Kaffee nicht statt. 4. Die Kantine ist nur während der Mittagspause von 12-1 Uhr geöffnet. Während der übrigen Zeit, auch Abends nach 6 Uhr, bleibt die Kantine geschlossen.

Am Freitag, den 1. Februar, war es, da die Portiers wirklich eine Anzahl Arbeiter hindern wollten, Bierflaschen mit in die Fabrik zu nehmen, die Arbeiter eit den 2400 Arbeitern, darunter wohl 60-70 unserer Verbündeten, eingestellt. Gegen Mittag fanden alsdann Verhandlungen der Kommission mit dem inzwischen erschienenen Inhaber der Firma Vorsig statt. Herr Vorsig erklärte sich bereit, mit der Kommission über eine geeignete Lösung der Bierfrage zu verhandeln, wünschte jedoch, daß am Sonnabend früh alle Arbeiter die Arbeit aufnehmen. Im Laufe des Sonnabends sollten alsdann die weiteren Verhandlungen stattfinden. Den Aussändigen wurde nun empfohlen, unter diesen Verhältnissen am Sonnabend früh die Arbeit wieder aufzunehmen und das Ergebnis der weiteren Verhandlungen abzuwarten. Der Streit war damit zunächst beigeendet. Am Sonnabend früh haben sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. In Folge abermaliger Konflikte wegen des eingekauften Bieres mußte die Kommission sofort wieder vortrefflich werden, jedoch haben die geplünderten Verhandlungen mit dem Ergebnis geendet, daß vom Montag ab die Arbeiter das Bier in der bisherigen Weise erhalten.

In Spanien sind die auf dem Grande'schen Sägewerk beschäftigten Kollegen wegen vorgenommener Lohnabzüge am 22. Januar in den Streik getreten. Die Tagelöhne sind um 20 Pf. pro Tag gesunken, die Akkordlöhne um 10-20 Prozent. Auf ihre wiederholte Vorstellung erhielten die Arbeiter von dem Inspektor der Grandmühle (die Firmeninhaber ließen sich diesmal garnicht sprechen) die Antwort: „Wer damit nicht zufrieden sei, der könne ja gehen, die Firma würde dann ihren Betrieb schließen.“ Der Betrieb ruht nun auch vollständig. Auf angebotene Verhandlungen erwiderte die Firma:

„Auf Ihre gestrige Forderung müssen wir Ihnen zunächst erwidern, daß es uns garnicht paßt, in der von Ihnen gewünschten Form mit Ihnen zu verhandeln, und werden wir auf etwaige neue Forderungen von Ihnen überhaupt nicht antworten. Wir haben auch um so weniger Veranlassung dazu, da durch die Ihrerseits ohne Rücksicht erfolgte Niederlegung der Arbeit wir keineswegs unbedingt betroffen oder geschädigt worden sind. Wenn wir Ihnen mit diesem trotzdem eine Antwort aufkommen lassen, so kann wir dies lediglich aus Humanitätsrücksicht. — Eine andere als die Ihnen bekannte Lösung können wir Ihnen zur Zeit der darniederliegenden Marktlage halber nicht gewähren, ertragen lassen wir sie uns schon ganz und gar nicht.“

Ergebnis: Das. Frank Söhne.“ Ein inzwischen erneuter Beruf, eine Verhändigung herbeizuführen, verließ ergebnislos. Die Firmeninhaber ließen sich nicht sprechen; ein Vertreter eröffnete den Arbeitern, daß sie auf eine Überdeckung des Entschlusses der Firma nicht rechnen sollten, bei den neuen Löhnen könnten sie doch „ohne Rücksicht“ sich doch nicht von den Verbündeten befreien, die sie mit ihren Großeln bezahlten, „anzusehen“ lassen.

Die Hallesehe Betonfabrik erhöhte auf Antrag des Arbeiterausschusses den Schichtlohn um 15 Pf., das war am 1. Mai vorigen Jahres. Die Hertlichkeit sollte indeß nicht lange dauern; jedenfalls befürchtete die Direktion, die Arbeiter würden zu üppig werden, und am 6. Januar dieses Jahres wurde die Erhöhung wieder in Abzug gebracht. Die in der Böttcherie beschäftigten Böttcher erhielten für jede Sonne einen Abzug von 2 Pf. und wenige Tage später noch einen solchen von 1 Pf. Das . . . da jeder Böttcher pro Tag durchschnittlich 20 Sonnen fertigte, einen Abzug von 60 Pf. pro Tag. Am 21. Januar wurde aber bereits die dritte Lohnabreduktion angekündigt. Als sie am 22. u. 23. Unterhandlungen unbahnen wollten, wurden sie entlassen. Zwei davon gehörten unserem Betriebe an.

In der Farbenfabrik von Frik. u. So., Inhaber Beim. Berlin, sind sämtliche dort beschäftigten 9 Arbeiter entlassen worden, weil sie gemeinsam eine Lohnabreduktion forderten und der Inhaber der Firma bei dieser Gelegenheit erfuhr, daß alle 9 Arbeiter dem Betriebe angehören.

Konferenz des 14. Gaues,

abgehalten in Frankenthal am 27. Januar 1901.

Mit einem herzlichen Willkommen an die Teilnehmer eröffnete der Vorsitzende des Gauverbandes, Kollege Welsch, Mannheim, um 11 Uhr die Verhandlungen. Die Bureauwahl ergab Welsch als ersten, Benz-Ludwigshafen als zweiten Vorsitzenden und Genschel-Frankenthal als Schriftführer. Aus dem Bericht der Mandatopräfektur ging hervor, daß 8 Zahlstellen 13 Delegierte entsandt hatten. Kaiserblatt und Altenland waren nicht vertreten. Nachdem die als Bureau vorliegende Tagesordnung endgültig festgesetzt, erhielt Kollege Welsch zur Eröffnung des Jahresthrettes das Wort. Zur Agitation für die Aufrichtung des Verbandes wurden 22 Versammlungen abgehalten. In denselben referierten die Kollegen Streb-Offenbach, Welsch-Mannheim, Dittmar-Ludwigshafen und Stiglberger-Karlsruhe. Aus der Sammlung wurden die Kosten für 11 Versammlungen bestreitet. Die Resultate dieser Agitation befinden sich in der Gründung mehrerer Zahlstellen in Württemberg, welche früher zu dem Gau gehörten, und der Gewinnung von Mitgliedern. Deren Zahl war am 1. Januar 1900 296 und am Schlüsse des Jahres 1168. Leider muß konstatiert werden, daß einzelne Zahlstellen einen Bericht an Mitgliedern verzeichneten hatten. Aus der vom Kollegen Welsch vom ganzen Gau gegebenen Statistik über Lohn- und Arbeitszeit sei hier nur Einiges herausgegriffen.

Während für Gewerkeleigentum in der Pfalz bei gleichzeitiger Arbeitszeit der Durchschnittslohn 3,50 M. verfügt, ist der derselbe in Kaiserblatt bei 10 bis 11 jähriger Arbeit nur 2,20 M. weibliche Löhne nur 80 Pf. also auch hier die Regel: Lange zuar die Kollegen Womberg und Schmidt. Nach einem lippig

Lebenszeit, schlechter Verdienst, kurze Arbeitszeit, hoher Gehalt. Soeben bestätigungen haben im Bereichsgebiet zwei Stadt, in Heidelberg und Mannheim, welche zu Gunsten der Arbeiter verliehen. Eine lebhafte Debatte entstand sich über die Zahlstellen Spieler I und II. Eine Einigung darüber ist immer noch nicht erzielt. Die Schulden hieran steht die eine auf die andere. Während die zweite im November d. J. sich zur Eröffnung bereit erklärte, schied damals die erste Zahlstelle statt der Bevollmächtigten zwei Mitglieder der Zahlstelle mit der Motivierung, daß die Mitglieder der zweiten Zahlstelle die öffentliche Besammlung nicht besuchten, wo Kollege Streb referierte. Die Delegirten der Konferenz waren darin einig, daß das Verhalten der Zahlstellen I und II ein unzulässiges und organisches Kollegen unzulässiges ist. Es wurde der Besluß gefaßt, daß der Gauvorstand unbedingt streben soll, eine Einigung herbeizuführen, event. soll der Gauvorstand mit starker Hand in das Wesenfest greifen, um die georbnete Zustände herbeizuführen. In der Nachmittagssitzung, die um 2 Uhr eröffnet wurde, waren nach Verlesung der Präsenzliste alle Delegirten vom Vormittag vertreten. Die nun vom Kassierer Kollegen Bededorf vorgelegte Jahresabrechnung wies eine Einnahme von 383,74 M. auf, die Ausgabe bestellte sich auf 383,21 M., sodass ein Bestand von 60,53 M. verbleibt. Mit diesen 383,74 M. Einnahmen haben wir aber nicht nur die auf uns entfallenden Kosten überschritten, sondern wir waren gezwungen, auch dieses Jahr bei der Zahlstelle Mannheim 80 M. aufzunehmen. Außerordentliche Zuwendungen wurden von Ludwigshafen mit 20 Mark gemacht. Es muß an dieser Stelle den Zahlstellen gesagt werden, daß sie mehr wie bisher dem Gauvorstand finanziell unterstützen müssen. Dem Vorsitzenden und Kassierer wurde Decharge ertheilt.

Hieran wurde in die Beratung der Anträge eingetreten. Der Antrag der Zahlstelle Frankenthal, von einer Referentin aus Kosten d. Gaus die Zahlstellen bereisen zu lassen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Kollege Brey-Hannover dieses Frühjahr eine Tour durch den Gau unternimmt. Die Konferenz spricht die bestimmte Erwartung aus, daß dieses zur Thatache wird. Der Antrag Mannheim: die zum Gau gehörigen Zahlstellen sind verpflichtet, bei Quartalsabschluß dem Gauvorstand eine Abschrift der Abrechnung nebst Angabe des Rohstoffbestandes zugehen zu lassen, damit der Gauvorstand einen besseren Überblick über die einzelnen Zahlstellen erhält, wird angenommen. Antrag 2: der Gauvorstand soll die Zahlstellen, denen es gelungen, die Gründung neuer Zahlstellen vorzunehmen, bei Abhaltung von Versammlungen, bei Vermölung usw. so lange leichter noch nicht auf eigenen Füßen steht, nach Kräften zu unterstützen, wurde abgelehnt. Die Konferenz ging bei Ablehnung dieses Antrages davon aus, daß es dem Gauvorstand bei den beschränkten Mitteln nicht möglich ist, das zu tun. Der Antrag der Zahlstelle Ludwigshafen, den sich der Gau aus noch Ludwigshafen zu verlegen, wurde nach vieler Für und Wider mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Darauf wurde der Ort der nächsten Konferenz besprochen; es wurden Mannheim und Speyer vorgeschlagen; für letzteren Ort entschied die Majorität. Mithin tagt die nächste Gaukonferenz in Speyer.

Zum Schlus forderte der Vorsitzende Kollege Welsch den neu zu wählenden Gauvorstand auf, sein Arbeitsfeld auch auf badischer Seite auszudehnen, da es da noch viel wünschenswert gibt, der der Bearbeitung harrt.

Der Kassierer Kollege Bededorf ersuchte die Delegirten nochmals, den Gauvorstand mehr wie bisher finanziell zu unterstützen.

Darauf wurde nach einem Schlusswort des Vorsitzenden und einem mit Begeisterung aufgenommenen „Hoch“ auf unsere Organisation die Konferenz Abends 6 Uhr geschlossen.

Korrespondenzen.

Kolleginnen, Kollegen! Denkt ay den Streikfonds!

Bruckmühl. In der am 27. Januar abgehaltenen Versammlung wurde der Bericht über das abgeschlossene Geschäftsjahr gegeben. Daraus ist besonders hervorzuheben, daß trotz der gewaltigen Heftigkeit des hiesigen Unternehmens zu Anfang des verflossenen Jahres und der dadurch bedingten Verluste an Mitgliedern es uns doch gelang, im Laufe des Jahres die Zahlglieder auf 145 zu bringen. Von diesen sind 69 weibliche. Zur Erreichung dieses für die Betriebsverhältnisse am Orte günstigen Resultates verhalf uns hauptsächlich das vielfach ungute Vorgehen der hiesigen Arbeitgeber. Sie haben nichts erreicht, und wir sind zu einer Macht geworden. Die Massenverhältnisse sind im Allgemeinen nicht ungünstig; es muß aber konstatiert werden, daß für den Streikfonds zu wenig geschah. Dies muß in Zukunft besser werden. Die Mitglieder müssen sich an den Gedanken gewöhnen, daß wir gerade in jegiger Zeit beständig auf dem Kriegsfuß stehen und zum Kriegsfahren gehobt Geld, Geld und wieder Geld, also denkt an den Streikfonds! Hieran wurde zur Neuwahl des vorgelegten Bevollmächtigten und Revisoren geschritten, und glauben wir, in dieser Beziehung die richtigen Leute ausgefunden zu haben. Beide wurden die statistischen Fragen begegnet, und die Mitglieder aufgefordert, lediglich plakativ und wahrheitsgetreu anzugeben. Der neu vorgeschlagene erste Bevollmächtigte erwähnte noch die Mitglieder, seit und treten zusammen zu halten und stets neue Mitglieder zu werben. Er seinerseits werde bestrebt sein, die Rechte des Kollegen und Kolleginnen dem Unternehmerthum gegenüber nach besten Kräften zu vertreten. Auch ein anderer Kollege sprach in denselben Sinne und erwähnte die Mitglieder, ihr Gewerkschaftsblatt nicht anleiten in die Tasche zu stecken. Es wurde noch beschlossen, am 16. Februar ein Langfristigen abzuhalten, und dann die Versammlung beendet.

Burgdorf. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte Sonntag, den 27. Januar, im hiesigen Schützenhaus. Kollege Brey-Hannover referierte über den Kampf und Dasein. Nach dem Referat wurden 35 Personen in den Verband aufgenommen. Eine später tagende Versammlung wird beschließen, ob eine Zahlstelle des Verbandes gegründet oder ein Bevollmächtigter ernannt werden soll.

Einsiedeln. In unserer am 12. Januar tagenden Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1900 vom 2. Bevollmächtigten verlesen und von der Versammlung für richtig befunden. Sodann gab der Kollege Streb den Fortschreibbericht, worauf die Neuwahl der Kasselldelegirten erfolgte. Da der Kollege Bestmann durch einen Unfallsschlag behindert ist, wurde er den Bevollmächtigten überlassen, Schritte einzuleiten, damit der Kollege Unterländer bestimmt. Nachdem dann noch einige Kollegen in die Lohnabrechnung gewählt waren, und aber die Aufnahme der hiesigen Geschäftsführer eine längere, aber wenig interessante Diskussion stiftete gefunden hatte, wurde noch beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Beitrag halten zu lassen über „Geld- und Silberwährung“. Hieran erfolgte Schluss der nur schwach besuchten Versammlung.

Essen. In der am 20. Januar tagenden Versammlung erläuterte Kollege Jordan in kurzen, sachlichen Worten den Ruhm der Organisation. Es folgte dann die Verlesung des Berichts und des Kassellberichts, welche beide für richtig befunden wurden. Es wurde sodann vom Kollegen Wohlgemuth die Abrechnung verlesen (mit allen Einzelheiten) und dem Kassierer Entlastung ertheilt. Es wurden ferner zwei Kassireien an Stelle der beiden ausscheidenden gewählt und zwar die Kollegen Womberg und Schmidt. Nach einem lippig

des Kollegen Jordan an die Mittelstelle zur ferneren Tätigkeit in der Hochschule, zur Wahrung und Förderung unserer Interessen wurde die gut befürchtete Verkürzung aufgehoben.

Georgsmüller-Wilhelmshaven. Sonntag, den 20. Januar, tagte unsere Mitgliederversammlung. Viele Kollegen sprach unter Beifall über "Die zehn Gebote und die besiegtende Kasse". Wegen einiger Differenzen konnte die Quartsabrechnung nicht vorgelegt werden. Es wurde aber betont, daß sie fertiggestellt sei und das Geld nach der Hauptkasse gefordert werde. Als Delegierter zum Gewerkschaftsrat wurde der seitherige Vertreter wiedergewählt. Unter Berücksichtigung verschiedenster Mitglieder, welche länger als 4 Wochen standen, eine durch Sammelstellen aufzubringende Unterstützung zu gewähren. Besoldungswerte Mitglieder erhalten je einen Rabatt im "Proletarier" und "Hamburger Volksblatt" und einen Krang zum Preis von 5 Mark. Die Verlautbarungen sollen demnächst durch Stempelausdruck auf den "Proletarier" bekannt gegeben werden. Es wird beschlossen, hierzu einen Stempel anfertigen zu lassen.

Hamburg-Großküttel. In der am 14. Januar 1901 bei Strudt, Fruchallee abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche leider sehr schwach besucht war, berichtete zunächst Kollege Gramme über das abgeduldete Kartellregulativ. Hierdurch wurde die Urabstimmung hierüber vorgenommen, daselbe wurde mit Majorität angenommen. Hierauf verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal 1900. Dieselbe wurde fast richtig befunden und auf Antrag der Revisoren dem Rässiter Entlastung ertheilt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Wintens und teilte mit, daß die Neuwahlen zum Kartell diesmal erst im April vorgenommen sind; desgleichen berichtete er über die Errichtung eines Gewerkschaftshauses. Hierdurch wurde der Gewerkschaftshaus aus unserem Verbande ausgetreten ist, hierfür Kollege Micha vorschlagen. Als Hilfsklassifizier wurde Kollege von Döring gewählt und zu unserm am 27. Januar stattfindenden Winter-Seminar ein Festkomitee gewählt. Hierauf wurden noch den streikenden Kollegen in Bremen von der Oelsfabrik Groß-Gerau 20 Mark aus der Volkskasse bewilligt.

Hamburg-St. Georg. Am 9. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Hönnel, Augustweg 81. Die Kollegin Frau Bieck hielt einen Vortrag über "Solidarität und Indifferenzismus". Sie führte aus, daß es in unserem Sprachraum sicher noch eine lange Reihe von Worten gebe, die sicher noch etwas Gegenseitigeres zum Ausdruck bringen, wie die Worte Solidarität und Indifferenzismus. Über keine zwei Worte gebe es, die ihrer Bedeutung wegen so verschieden angeföhrt seien, bei der organisierten Arbeiterschaft. Es sei der alte Gegensatz, der alte Kampf zwischen Auflösung und Universalität der Massen, zwischen zielstarker Einigkeit und Gleichgültigkeit und Atrieberei. Daher sei die Stellungnahme der Arbeiterschaft diesen Worten und den damit verbundenen Begriffen gegenüber, besonders unter der Herrschaft des Kapitalismus, nur zu berechtigt und nothwendig. Rednerin zeigte, wie der Siegeslauf des Kapitalismus nicht nur hinwegzog über vernichtete Existenz, sondern auch über das vernichtete Familienglück von tausenden und tausenden, über Leben und Gesundheit Erwachsener wie Kinder. Wenn es hier und da mit der Lebenshaltung des Arbeiters besser geworden sei, so nur mit Hilfe der Organisation, durch Verbesserung von Solidarität. Und wenn auf diesem Gebiete noch nicht mehr erreicht sei, so trage die Schuld nicht nur die Macht des Unternehmers und all seiner Helfershelfer, sondern auch der Indifferenzismus in unseren eigenen Reihen. Das die Rothwendigkeit vorliege, bei uns allüberall Solidarität zu üben, sei selbst von der Gesetzgebung im Prinzip anerkannt worden durch die Schaffung des § 162 der Gewerbeordnung. Auch Herr v. Witzbach habe deutlich in seiner Philippika an die Hammerer selbst die Unentbehrlichkeit der Solidarität anerkannt, indem er den Streitbrechern riet, fest und treu zusammenzuhalten, allerdings nicht in unserem Sinne, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sondern um sie zu zerstreuen. Wer da die Rolle des Kämpfers spielt, könne sich jeder selbst sagen. Kollegin Bieck zeigte dann noch an der Hand der 12 000 Mr.-Affäre sowie des Briefes der Seebauergesellschaft, oder wie Laeisz sie genannt, "Seefahrtsgesellschaft", mit dem Bassus mundus vult decipi, wie nothwendig die Verbesserung der Solidarität sei und welche Macht in derselben liege. Nachdem sie noch auf die Weihnachtsfeier der "Vaterlandlosen" als einen hervorragenden Beweis von Solidarität gewiesen, ersuchte sie die Kollegen und Kolleginnen, den Indifferenzismus überall zu bekämpfen und immer mehr Kämpfer um das Banner der Solidarität zu schaaren, dann werde uns der Sieg über den Kapitalismus sicher sein. Habe das zur Stütze gegenwärtige Jahrhundert den Aufstieg des Bürgertums, zum Schluss allerdings auch seine innere Morschheit gesehen, so werde dies Jahrhundert Zeuge des Sieges des Proletariats sein. Kollege W. B. gab dann die Abrechnung vom 3. Quartal, welche für richtig befunden wurde, und wurde auf Antrag der Revisoren denselben Decharge ertheilt. Den Kartellbericht erstattete ebenfalls Kollege W. B. Ein Antrag des Kollegen E. den Streitenden der Oelsfabrik Groß-Gerau in Bremen 50 Mark zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Ein von der Kollegin Bieck gestellter Antrag, von den drei verschiedenen vom Kartell herausgegebenen Broschüren vorläufig à 10 Stük zu bestimmen, wurde ebenfalls angenommen. Zum Schluss wurde Kollege Koch als Hilfsklassifizier und Kollege Schulz als Stellvertreter gewählt.

Hamm. Am 10. Januar tagte unsere Versammlung. Vor Eintritt in die Tagessordnung wurde das Ableben des Kollegen Brüß in der üblichen Weise geehrt. Zum ersten Punkt hielt Genossen Meier einen Vortrag über "Das hungrige Ruhrland", welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Hierauf verlas Kollege Weinberg die Abrechnung vom Sylvesterabend. Dieselbe ergab eine Einnahme von 208,65 Mr. und eine Ausgabe von 171,75 Mr., bleibt ein Überschub von 36,90 Mr. Hierauf verlas Kollege Wiese die Quartsabrechnung, welche eine Einnahme von 608,95 Mr. und eine Ausgabe von 374,51 Mr. ergab, sodass ein Kartellbestand von 233,44 Mr. verbleibt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Weinberg. Darauf wurde das Regulativ vom Gewerkschaftsrat einstimmig angenommen. Dann wurde Kollege Märtens als Hilfsklassifizier und Thürz kontrolliert gewählt. Die Bibliothekskommission stellte den Antrag, 50 Mark zu bewilligen, welcher gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Sodann wurde ein Antrag vom Vorstand, 30 Mark den Bremer Kollegen zu bewilligen, angenommen. Kollege Heilbronn. Am Sonntag, den 27. Januar, tagte im Lokale zur "Stadt Frankfurt" unsere jährliche Jahresversammlung. Der Bevollmächtigte gab Bericht über die Tätigkeit im Laufe des Jahres. Zu Anfang des vergangenen Jahres hatte die Zunftstelle eine Mitgliedszahl von 29, dieselbe stieg im Laufe des Jahres auf 170. Versammlungen haben regelmäßig alle 14 Tage stattgefunden; außerdem wurden im Jahre 1900 fünf öffentliche Arbeiterversammlungen abgehalten. Es hat in diesem Jahre auch eine Sozialbewegung stattgefunden und zwar in der Nahmungsmitteleiheit von L. & S. Anno, welche mit weitreichendem Erfolg verlief. Im November wurde in Bödingen eine Zunftstelle gegründet, welche ca. 40 Mitglieder zählt. Die Delmühler haben auch angefangen, sich zu organisieren, sie bildeten eine Zeit lang eine Sektion für sich, welche 18 Mann stark wurde, aber wieder zurückging, so daß sich die übrig gebliebenen 10 Mann entschlossen, sich der heutigen Zunftstelle anzuschließen. Nach Bekanntgabe des Kartellberichts vom letzten Quartal wurde dem seitherigen zweiten Bevollmächtigten Kollegen Hausei Anerkennung für seine neue Zunftsführung ausgesprochen. Als erster Bevollmächtigter

wurde der heutige Zunftstelle diese Anerkennung ausgesprochen. Die Stelle des zweiten Bevollmächtigten wurde der leidige Georgsmüller-Grohm, als dritter Bevollmächtigter kam Kollege Kabel in Betracht. Als Kassenmeister wurden vorgeschlagen die Kollegen Schiel, Schleifer und Späth.

Wellinghausen. Sonnabend, den 12. Januar, tagte unsere Versammlung in der Schule. Die Kollegin Anna Roth legte die Abrechnung vor, die von der Versammlung anerkannt wurde.

Darauf wurde der zweite Bevollmächtigte Entlastung ertheilt.

In der Angelegenheit des Kollegen Schmidt gegen Reits und Wilsens wurde bekannt gegeben, daß Letztere zu dem angelegten Schustertermin sich nicht eingefunden haben, und nun Anklage wegen Bekleidung erfolgen wird. Den Ausländern in Bremen wurden 20 Mr. bewilligt.

Bielefeld. Am 20. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung.

Die Abrechnung gab keinen Anlaß zu Ausstellungen, und wurde dem Bevollmächtigten Entlastung ertheilt. Für den abgereisten Kollegen Kaplisch kam Kollege Andree als Bevollmächtigter in Betracht.

Kant Schluß wird das Stiftungsfest am 24. Februar abgehalten.

Die Kollegen aus Bremburg und Salze werden zu diesem Fest eingeladen. Den Kollegen in Bremen werden 10 Mark Unterstützung bewilligt. Die übrigen Angelegenheiten behandelten nur lokales Interesse.

Osterode am Harz. Die Mitgliederversammlung, welche am 20. Januar im Lokale des Kollegen Beims tagte, beschloß Sammelstellen auszugeben, um die streikenden Arbeiter der Oelsfabrik Groß-Gerau zu unterstützen. Die Redner waren allgemein der Ansicht, anstatt jeden Monat eine Mark für den Streikfonds zu leisten, während der Zeit der Krise mit ihren Bohrkäppen deren mindestens allmählich eine zu leisten. Ein Antrag fand einstimmige Annahme, welcher die Kollegen moralisch verpflichtet, die Großen, welche sie sonst für alle möglichen Duselvereine ausgeben, aus der Arbeiterbewegung auszuführen.

Ottensen. Die Versammlung am 16. Januar nahm den Kassenbericht des Kollegen Hesse vom 4. Quartal entgegen.

Es war eine Einnahme von 195,65 Mr. In dem Konto fand

die Ausgabe von 120,86 Mr. Da die Revisoren die Abrechnung für richtig befanden,

wurde dem Kollegen Hesse Decharge ertheilt. Zum 2. Punkt

erstattete Kollege W. den Kartellbericht und wies auf die dem

nächsten stattfindenden Gewerbege richtswahlen hin. Dann wurde

Kollege W. als Kartelldelegierter für dieses Jahr wieder gewählt.

Der Antrag, zwei Delegierte zu wählen, wurde abgelehnt. Auf Antrag des Bevollmächtigten, einen örtlichen Hilfs-

klassifizier zu wählen, wurde Kollege Pf. als solcher gewählt.

Dann wurde ein Schreiben des Hauptvorstandes verlesen, worin die einzelnen Zahlstellen aufgefordert werden, die

streikenden Bremer Kollegen nach besten Kräften aus Lokalsmitteln zu unterstützen, da sie noch nicht lange genug dem Verbände angehört, um aus dem Streikfonds unterstützt zu werden.

Da nun aber leider unser Konto fonds sehr schwach

verstellt ist, so wird beschlossen, Sammelstellen für die Bremer Kollegen auszugeben. Hierauf wurde vom Vorstande auf das

am 16. Februar 1901 stattfindende Stiftungsfest hingewiesen, und der Wunsch, daß die Mitglieder sich recht zahlreich an dem

selben beteiligen möchten, ausgedrückt. Kollege W. stellt noch den Antrag, in der nächsten Versammlung den Genossen Philipp Müller über "Goethe's Faust" referieren zu lassen. Der Antrag wurde angenommen. Als dann noch einiges erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Paderborn. Sonntag, den 6. Januar, tagte im Lokale des

Herrn Kleinte unsere Versammlung. Kollege Schneider, Stettin, hielt einen Vortrag über die Entstehung der Bibel. Die Arbeitsverhältnisse der bei den Schächten der Gemeinschaft Grindelwald beschäftigten Kollegen bildeten dann den Handlungspunkt.

Es wurden 2 Kollegen ausgeschlossen. Als Delegierter zum Gewerkschaftsrat wurden die Kollegen Nonn und Böller gewählt. Dann kam Kollege Baruth als zweiter Bevollmächtigter in Betracht. Unter Verbandsangelegenheiten gab Kollege Kräger bekannt, daß er auf der Stärkefabrik wegen seiner agitatorischen Tätigkeit gemahngestellt sei. Es wurde beschlossen, diesem Kollegen die Unterstützung aus der Verbandskasse zu gewähren.

Stolzenburg u. Umg. Am 27. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Baetke in Stolzenburg. Die vorgelegte Abrechnung wurde anerkannt.

Dann wurde der Jahresbericht gegeben. An der Mai-Ausspeisung, welche durch den Schmiedestreich entstand und die

3 Wochen dauerte, waren 13 Kollegen mit 31 Kindern bes

teilt, was eine Summe von 125,55 Mr. erforderte, außerdem

wurde für jedes Kind ein Zuschlag von 25 Pf. aus der

Unterstützungskasse gewährt, was eine Summe von 18,20 Mr.

ergab. Mitgliederversammlungen, welche nur möglich besucht waren, haben monatlich stattgefunden; in zweien referierte Kollege Röder aus Löbeck. Am Schlusse des Jahres 1899 hatten wir 67 männliche und 1 weibliche Mitglied, eingetreten sind im Laufe des Jahres 20, angetreten 8, ausgetreten 3, abgezogen 12, sind am Schlusse des Jahres 1900 81 männliche und 7 weibliche Mitglieder.

Zum 3. Punkt wurde vom Kollegen Röder das Mitglieder-Berichtsblatt verlesen und das

Fest der Mitglieder vermerkt. Auf eine Frage, die sich im

Fragekasten befand und sich auf die Agitation bezog, wurde

ein Antrag gestellt, eine Agitations-Kommission zu wählen,

die dem Vorstand zur Seite steht, und dann eine Haueagitation

vorzunehmen. Hierauf wurde noch ein Zusatzantrag gestellt, um als Agitationsmaterial den "Widder" von Hannover kaufen zu lassen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Unter "Verschiedenes" erwähnt der 1. Bevollmächtigte, die

Fragebögen recht gewissenhaft auszufüllen und baldigst wieder einzulefern. Hierauf schloß derselbe mit dem Wunsche, falls

für den Verband zu agitieren, die Versammlung.

Etrell. Sonntag, den 18. Januar, tagte im Lokale bei Berg unsere Mitgliederversammlung. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Salchow und Rosenberg gewählt. Dann kam ein Schreiben des Vorstandes zur Verleistung. Es wurden dann den streikenden Arbeiter der Oelsfabrik Groß-Gerau 5 Mr. bewilligt. Die Kollegen, welche mit ihrem Beitrag im Rückstand sind, werden aufgefordert, ihre Bücher in Ordnung zu bringen.

Wandsbek. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 9.

Januar in der Bentherberge. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde nach erfolgter Rechnungsablage Entlastung ertheilt.

Der Genossen Fittinge referierte über die Bedeutung des Arbeiters.

Unschlüssig an den Vortrag ward bestimmt, all-

monatlich 5 Pf. für das Arbeiterschulamt zu bezahlen.

Die Abhaltung einer Versammlung in Hindenfelde ward angezeigt.

Dem Vorstande wurden 100 Mr. zur Unterstützung der streikenden Kollegen in Bremen bewilligt. Es wurden noch drei Lohn-

marktskollegen gewählt und beschlossen, dem zweiten Bevollmächtigten für Extraspender 6 Mr. zu bewilligen. Weitere Anträge wurden den Bevollmächtigten zur Entscheidung überreicht.

Werder. Sonnabend, den 19. Januar, tagte in Martin's Lokal eine Mitgliederversammlung. Kollege Elbert, Potsdam, sprach über "Der Kampf im neuen Jahrhundert". Dazu hielt er ein Kollege die Lage der Arbeiter auf den höchsten Ziegelseiten. Die Quartsiere werden ungern gerechnet. Die Lager aufzuschütten, dazu mangelt es an Zeit. Gegen Verbesserungen und Verbesserungen wehren sich die Arbeitgeber mit dem Hinweis, es schehe in den Quartierräumen aller Arbeiter Ziegelseiten nicht besser aus. Die Arbeit entspricht somit den allergeringen Ansprüchen an Sitz und息地. Bei deren Benutzung lösen sich Frauen und Männer ab. Da es ungewiss ist, daß die Räume nur auf Drängen der Arbeitnehmer bestellt werden, so sollten die Kollegen die Förderung des Verbandes stets als Ziel im Auge behalten.

Wismar i. M. Am 10. Januar wurde im Gewerkschaftshaus "Zur Hanja" unsere Mitgliederversammlung abgehalten. Der Kartelldelegierter brachte vor, daß Genossen darüber wieder gewählt wurde. Es wurde der Antrag gestellt, das Kartell zu ersuchen, eine Gewerkschaftsversammlung einzuberufen. Der Zweck der Versammlung soll sein, zu der Besoldung des Käfflers der allgemeinen Krankenkasse Stellung zu nehmen. Die Besoldung ist heute eine prozentuale, eine solche nach der Kopfzahl erscheint uns angemessenster. Unsere im November gegründete Zahlstelle ist bereits auf 60 Mitglieder angewachsen. Ein guter Fortschritt, der nicht verschwiegen wird, unsere Kollegen zu weiterer Agitationarbeit anzuweisen.

Wohldorf. Am Sonntag, den 27. Januar, tagte im Lokal des Gastwirths Herrn G. Möller unsere Mitgliederversammlung. Punkt eins der Tagesordnung war Abrechnung des vierten Quartals, und wurde dieselbe von dem zweiten Bevollmächtigten vorgelegt und von der Versammlung für richtig befunden und darauf Entlastung ertheilt. Werner wurde noch befohlen, 10 Mark aus der Kassakasse zu nehmen und dem Streifonds zu überweisen. Dann betonte noch der erste Bevollmächtigte, daß die Mitglieder die Versammlungen besser besuchen möchten wie seither.

Büllschw. Am Sonntag, den 20. Januar, tagte in Frauenbach bei Schwenkel unsere Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war. Der Kasenbericht, sowie der Bericht über die Tätigkeit der Bevollmächtigten und Revisoren im vergangenen Jahr mußte bis zur nächsten Versammlung juridisch gestellt werden, weil einige Hilfsklassen erst in letzter Stunde mit dem zweiten Bevollmächtigten abgerechnet hatten, wodurch ein genauer Bericht nicht gegeben werden konnte. Kollege Behnke ersuchte die Anwesenden, in der nächsten Versammlung ebenso zahlreich an erscheinen wie heute. Dann wurde von den Neuendorfer Kollegen angeführt, in den umliegenden Ortschaften den Kreis zu verbreiten, dadurch würden wir in diesen Ortschaften sehr große Fortschritte machen und viele Mitglieder gewinnen. Es wurde beschlossen, 1.500 Stück schicken zu lassen und dort zu verteilen. Als Hilfsklasser wurde für Neuendorf Kollege Wilhelm Hartwig gewählt. Dann verlas der Bevollmächtigte den Aufruf im "Proletarier", die Streifondskasse zu unterstützen. Nach kurzer Diskussion wurde ein Vortrag des Kollegen Wendlandt, 50 Mr. aus der Kassakasse des Streifondskasse zu überweisen, einstimmig angenommen. Über die Handlungsweise und das Verhalten des früheren Hilfsklassers Mag. Siek entspann sich eine rege Debatte. Nachdem die ganze Sachlage seitens der Bevollmächtigten klargelegt und von allen Seiten das Verhalten aufs schärfste verurtheilt wurde, wurde R. auf Antrag des Kollegen Befehl einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen. Ein weiterer Antrag, daß sämtliche Hilfsklassen mit dem zweiten Bevollmächtigten monatlich abzurechnen haben, stand ebenfalls einstimmig an. Dann wurde noch angeführt, daß einem Kollegen, welcher auf dem kastischen Eisenwerke in Straßwiel arbeitete, und dessen ganze Familie, Frau sowohl als Kinder, stark beniedert liegen und er infolge dessen zu Hause bleiben mußte, weil der niedrige Lohn nicht dazu ausreicht, auch noch eine Wartefrau zu bezahlen, sofort genehmigt wurde, als er am dritten Tage sich wieder zur Arbeit meldete. Kollege Julius Müller gedachte noch in kräftigen Worten des geschiedenen Jahres, sowie des Jahrhunderts und kritisierte auf's schärfste die Verhältnisse der umliegenden Fabriken; ganz besonders wurde der Sichorien-Fabrik gedacht, wo die Arbeiterinnen, wenn sie auf Lohn arbeiten, mit 5 Pg. pro Stunde entlohnt werden. Daß dieselben bei einem solchen Lohn auch nur annähernd als Menschen leben können, kann wohl Niemand zugeben. Zu bedauern ist, daß diese Arbeiterinnen selbst ihre Lage noch nicht erkannt haben. Datum ist es die höchste und heiligste Pflicht der dort arbeitenden Kollegen, dafür zu sorgen, daß auch die Arbeiterinnen erkennen lernen, wohin sie gehören, wenn sie ihre Lage verbessern wollen. Nicht einer dieser Herren wird gutwillig etwas hergeben, wenn er nicht dazu gezwungen wird durch die Macht der Organisation. Datum ihue Jeder seine Pflicht, damit wir mit Hilfe der Organisation bessere Zustände schaffen helfen. Mit einem Hoch auf die Organisation erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 23. Januar folgende Beiträge ein:

Regensburg	43,45
Traunreuth	50,-
Bayreuth	1699,07
Leipziger Str.	139,35
Görlitz	8,65
Leipzig	45,60
Werdberg	435,51
Hof	33,65
Hannover	312,68
Wittenberg	27,30
Magdeburg	24,01
Leipzig	203,86
Wittenberg	203,86
Leipzig	119,98
Summa:	65 321,20

Einnahme in den Zahlstellen:

Bestand vom vorigen Quartal	2 406,14
Gebühren	1 498,60
Beiträge à 15 %	50 720,40
Beiträge à 7,5 %	2 520,42
Gehaltsbeiträge	2 036,40
Beiträge zum Streifonds	3 429,75
Sonstige Einnahmen für den Streifonds	203,86
Gehalt aus der Hauptkasse	2 364,25
Sonstige Einnahmen	119,98
Summa:	65 321,20

Ausgabe in den Zahlstellen:

Referentenförderung	467,55
Rechtsfonds	53,49
Gesetzgelehrtenförderung	331,75
Umweltgeld	889,78
Stiftsgeld	450,-
Streifondsförderung	2 489,75
Zeitungsausgaben	17 174,24
Zu den G. in zurückgekehrt	3 492,75
Abgezogen an die Betriebskasse	36 446,92
Gehaltsförderung für den Streifonds	3 429,75
Zweckmäßig eingesetzt für den Streifonds	212,56
Summa:	65 321,20

Gesamteinnahme:	
Beiträge von Gewerkschaftsmitgliedern	59,61
Gewerkschaften zurückgekehrt	2,-
Gehalt	18,-
Gehaltsgeld	50,-
Gehaltsförderung	6,-
Gehalt	56,-
Gehaltsförderung	50,-
Sonstige Einnahmen	237,84
Beitreibungserlöse	2,50
Summa:	52,15

56,90. Fürstenberg	156,10. Legel	80,40. Elbed	1226,85.
Böblingen	49,34. Söcup	11,60. Haffelsche	17,30. Österried
145,51. Großhanssen	4,74. Schwäb.-Hall	45,10. Heddernheim	79,30. Charlottenburg
347,20. Bittau	26,06. Braunlage	21,20. Wedel	123,20. Flensburg
32,64. Ohlsdorf	141,10. Wissburg	7,55. Ohlsdorf	10,-. Nienburg a. W.
117,15. Hildesheim	0,20. Winsen	67,30. Bruns	26,03. Homburg v. d. H.
11,75. Hildesheim	0,20. Ganting	18,77. Borlitz	0,20. Wissburg
11,75. Hildesheim	0,20. Borlitz	0,20. D.	20,20.

Inserate.
A. Döpping, B.-R. 75 812, geb. am 26. Januar in Minden, wird aufgefordert, seine Adresse an Franz Krause, Borsig, Langestraße 98, 1. Et., gelangen zu lassen. [45 Pf.]
Zahlstelle Göthen.
Sonnenabend, den 9. Februar, Abends 8^{1/2} Uhr, Versammlung im "Goldene Engel". Tagesordnung: 1. Kasenbericht der Total-Unterstützungskasse. 2. Feststellung des Stiftungsfests und Festomitee-Wahl. 3. Einziehung der Fragebogen. 4. Verschiedenes. Um jährliches Grämen ersuchen [1,20 Mr.] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Flensburg.
Sonnenabend, den 23. Februar 1901,
Stiftungsfest
im "Holsteinischen Hause", bestehend in Theater, komischen Vorträgen und nachfolgendem Ball. Anfang 8^{1/2} Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pf.; für Damen 20 Pf. 1,50 Mr.] **Das Komitee.**

Zahlstelle Holzen.
Unsere regelmäßigen Versammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr, in unserem Versammlungslokal statt. [0,75 Mr.]
Zahlstelle Nienburg a. S.
Sonntag, den 24. d. März, im "Gathhof zur grünen Lanze"; **Stiftungsfest,** wozu die Kollegen von Salze und Bernburg eingeladen sind. [1,20 Mr.] **Das Komitee.**

Zahlstelle Rothenburgsort.
Mittwoch, den 13. Februar, Abends 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei v. Eigen, Regenstrasse 187. Tagesordnung: 1. Vortrag über Invalidenversicherung. 2. Verschiedenes. [1,90 Mr.]

Zahlstelle Schlutup.
Unserem Kollegen Peter Wilde und seiner jungen Frau zu ihrer am 8. Februar stattgefundenen Vermählung die besten Glückwünsche. [75 Pf.]

Zahlstelle Schönebeck.
Sonnenabend, den 16. Februar, von Abends 8 Uhr an, begehen wir im "Stadt-Theater" unter **2. Stiftungsfest,** bestehend in Theater, Konzert und Ball. Programm 20 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet 1,35 Mr.] **Das Komitee.**

Zahlstelle Seligenstadt.
Dem ersten Bevollmächtigten, Jakob Sommer, sprechen ihr herzlichstes Beileid für den ihm zugestohlenen Unglücksfall aus. [90 Pf.] **Seine Verbandskollegen.**

Zahlstelle Weizensfels.
Die Mitglieder-Versammlungen tagen alle 3 Wochen. Die nächsten am 23. Februar und 16. März. **Die Bevollmächtigten.**
Unserem alten und treu bewährten Kollegen Robert Lippsoid nebst Gemahlin zu der am 19. Februar stattfindenden silbernen Hochzeit senden die herzlichsten Glückwünsche. **Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle** 1,50 Mr.] **Halle-Süd.**

Achtung!
Zur Mitwirkung bei Gesangs-Konzerten, und zur Ausführung von humoristischen Abendunterhaltungen mit nur ganz dedigtem, großem Programm empfiehlt sich allen Zahlstellen (mit, auch ohne Klavierspieler) Ernst Knobelsdorff, **Gesangs- und Charakter-Komitee,** 1,35 Mr.] **Nienburg (S.), Michaelisstr 45.**

Sterbetafel.

S. II. 28301. Johann Bartels, geboren am 29. Februar 1835, eingetreten am 4. November 1897, gestorben am 30. Dezember 1900 in Flensburg.
92355. C. A. Nielson, geboren am 18. August 1871, eingetreten am 12. März 1898, gestorben am 21. Januar 1901 zu Hamburg.

47170. Franz Hartmes, geboren am 25. November 1848, eingetreten am 26. November 1898, gestorben am 22. Januar 1901 in Helmstedt.

3125. Julius Conrad, geboren am 27. November 1859, eingetreten am 27. Februar 1897, gestorben am 11. Januar 1901 zu Hildesheim.

Briefkasten.

Gießen. Nach § 5 müssen Diesenigen, welche durch Nichterfüllung ihrer Pflichten der Mitgliedschaft verlustig gegangen sind, wieder die Kartenzeit überstehen, Eintrittsgeld und geschuldete Beitragssätze bezahlen.

Gesamt-Ausgabe:

Streifondsförderung	37 904,15
An Umzugsgeld	238,34
An gemahrgelte Mitglieder	244,-
Rechtsfonds	40,-
Zurück an die Zahlstellen	2 364,25
Drucksachen des "Proletarier" Nr. 7 bis 13	2 777,95
Druckarbeiten	403,25
Bindfäden, Lederpappe, Pergament	47,05
Eine Waage	14,-
Schreibmaterialien	5,35
Gehalt des 1. Vorständen	375,-
Gehalt des 2. Vorständen	219,20
Gehalt des Käfflers	30,-
Dr. Cohen für Auskunft	3,-
Post für Briefe und Kästen des Vorständen	306,42
Post-Bericht des "Proletarier" Nr. 14-18	655,42
Zeitungsbörsement	6,20
Barattierung	2,35
An den Streifonds für Batel	6,45
Gesäßdäggung für Beißer	15,-
Gesäßdäggung für den Ausdruck	26,30
Unterlagen für den Betriebstag zu Halberstadt	7 194,48
Post-Büroarbeiten	1190,60
Gehaltsförderung	252,70
Unterhaltung	20,-
Für Reklame	235,55
Für die Post von Hamburg nach Hannover an die Firma Sief	7,30
Post für Geld, Briefe und Blätter des "Proletarier"	110,11
Sursum-Milche	50,-
Vergütung der Steuer	21,-
An die Gau überreichten 5% der 1/2 Beiträge	1 764,72
Summa:	130 409,63

Bilanz:
Gesamteinnahme 130 409,63 Mr.
Gesamtausgabe 56 860,54

Bleibt Bestand 73 549,09 Mr.

Hannover, den 3. Februar 1901. **Felix Bruns, Käffler.**
Heinz. Gau, 2. Vorständen. **Die Revisoren:**

A. Niemeier. E. Vogt. Karl Bauer.

Abrechnung der Gaukasse.

Gesamteinnahme	2 731,42
Kellinghusen, freiwillig	2,07
5% der 1/2-Beiträge	1 764,72
Summa:	4 498,21
Ausgabe:	
Magdeburg, Gau 3, 147,55. Offenbach, Gau 12, 100,-. Hirschberg, Gau 9, 5,60. Hagen, Gau 13, 64,80. Minden, Gau 10, 200,-. Sarburg, Gau 15,	

Chaitanya.

Abrechnung für das 3. Quartal 1900.

Mitgabe.

